Nr. 232. 17. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3412) ohne Bringegeld vierteljs. M. 3,60; durch die Kolporteure wöchentl. 30 ₰ frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Reinhold Stenzel in Hamburg.

Sonntag, den 4. Oktober 1903.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Davidstr. 35. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rothenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen.

Hierzu drei Beilagen und das illustrierte Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt“.

Die Großstädte.

Der Junker Otto v. Bismarck hat bekanntlich 1851 im Bundestage zu Frankfurt am Main über die großen Städte sich dahin geäußert, daß es am besten wäre, wenn sie wieder vom Erdboden verschwinden würden. Er betrachtete sie als „Brennpunkte der Revolution“, von denen seiner Meinung nach alles Unheil seinerzeit ausging. Diese echt krautjunkerliche Auffassung wird von den konservativen Kreisen heute noch aufrecht erhalten und wird heute sogar von kapitalistischen „liberalen“ Schichten bis zu einem gewissen Grade geteilt. Die politische Entwicklung hat hier einen weitgehenden Umschwung hervorgebracht. Solange die Arbeitermassen der großen Städte sich noch von den bürgerlichen Parteien leithammeln und bei den Wahlen sich für dieselben an die Urne treiben ließen, galten bei dem „liberalen“ Bürgertum die großen Städte als die „Zentren von Besitz und Bildung“. Im Anfang der sozialistischen Bewegung hatten diese nur in einzelnen industriellen Strichen mit kleinen Städten nachhaltige Erfolge zu erringen vermocht. Das änderte sich mit dem Jahre 1877! Berlin und Dresden wählten zum ersten Mal sozialistische Abgeordnete und in fast allen großen und größeren Städten nahm die Zahl der sozialistischen Stimmen in überraschendem, die Philister erschreckenden Maße zu. Man hätte das erwarten müssen. Nun aber sah man in den großen Städten mit einem Male die Brutstätten des „Umsturzes“ und man pries die bäuerliche Bevölkerung, die noch einen festen Damm gegen die Sturmflut des Sozialismus bilde; man tröstete sich mit dem von Schäffle erfundenen „antikollektivistischen Bauernschädel“, welcher das „Kartenhaus“ des Sozialismus einrennen wird. Auch dieser Trost ist im Laufe der Jahre sehr zweifelhaft geworden; **das Wachstum der großen Städte aber hat ein noch rascheres Tempo angenommen als früher und zwar aus zwei Ursachen.** Diese sind die rasche Vermehrung der Bevölkerung und das Abströmen der ländlichen Arbeitskräfte nach den Städten.

Die schrecklichen Zustände, die sich durch das Anhäufen einer zahlreichen fluktuierenden Bevölkerung in den Massenquartieren der großen Städte oft herausbilden, haben ihren Grund in der kapitalistischen Ausbeutung. Wenn die reaktionäre Presse dies berührt, um die großen Städte deshalb als die Heimstätten der Verdorbenheit, der Liederlichkeit, des Verbrechertums und der Versumpfung zu bezeichnen und dem gegenüber die ländlichen Zustände als ein Paradies der Unschuld, Unverdorbenheit, Zufriedenheit und Gesundheit darzustellen, so ist das eines jener demagogischen Kunststücke, in denen die Reaktionäre bekanntlich Meister sind. Die jedes Jahr erscheinende amtliche Statistik weist unwiderleglich und ziffernmäßig nach, daß viele Verbrechen, namentlich die Roheitsverbrechen, in den vom Junkertum unter der Faust gehaltenen ländlichen Strichen viel zahlreicher sind, als in den großen Städten und namentlich als in dem ergeblichen „Sodom und Gomorrha“, der Reichshauptstadt Berlin. Was die Junker erbittert, das ist eben die Tatsache, daß in den großen Städten der moderne Geist triumphiert. Die Arbeiter, die man in der junkerlichen „Idylle“ draußen vor jedem frischen Luftzug sorgfältig abhielt, gelangen in den Städten zum Klassenbewußtsein und verstärken die Bataillonen der Sozialdemokratie. Dadurch wird der Zeitpunkt immer näher gerückt, der die sozialistische Bewegung in die ländliche Bevölkerung eindringen läßt, wie es in anderen Ländern schon geschehen. Ohnehin ist die ländliche und junkerliche „Idylle“ eine grobe Lüge, denn das Proletarierelend ist auf dem Lande oft noch größer als in den Städten. Ueberarbeitung und Unterernährung sind auf dem Lande so schlimm wie in der Stadt, und es wohnt sich im Schweine- oder Pferdestall für den Tagelöhner auch nicht angenehmer, als für den städtischen Proletarier in der feuchten und finsteren Kammer einer Schlafstelle. Die Behandlung ist unter der Gesindeordnung unendlich schlimmer als unter der Gewerbeordnung. Daher die Massenflucht der Landproletarier in die Städte.

Seit 1816 hat sich, wie die Volkszählung von 1900 konstatierte, die Bevölkerung auf dem Gebiete des Deutschen Reiches verdoppelt, und dadurch sind auch große Gegensätze in der Bevölkerungsdichtigkeit bewirkt worden. In den industriellen Gegenden am Rhein kommen auf 1 Quadratkilometer 475 Personen, in Mecklenburg nur 35. Während früher die ländliche Bevölkerung überwog, überwiegt nunmehr die städtische. Wenngleich wir im Reiche 95 pZt. ländliche und nur 5 pZt. städtische Gemeinden haben, so wohnten von den 56 Millionen, die 1900 die Bevölkerung des Deutschen Reichs ausmachten, nur etwa 25½ Millionen auf dem Lande, dagegen über 30 Millionen in den Städten. Man sieht, wie sehr die rein bäuerliche Bevölkerung hier zurücktritt, denn unter den 25 Millionen Landbevölkerung befindet sich ein sehr starker Prozentsatz industrieller Arbeitskräfte.

Die herrschenden Klassen fühlen wohl, daß diese Entwicklung der Dinge ein revolutionärer Faktor ist, der die alte bürgerliche und halbfeudale Weltordnung unterhöhlt und mit der Zeit aus den Fugen gehen läßt. Aber sie stehen dieser Erscheinung rat- und machtlos gegenüber. Da selbstverständlich das riesige Anschwellen der Sozialdemokratie damit in Zusammenhang steht, so verwechseln die Weltweisen der oberen Zehntausend sehr häufig die Ursache mit der Wirkung und stürzen sich manchmal grimmig auf die Sozialdemokratie, die doch die heutigen Zustände nicht geschaffen hat und sie im Gegenteil abschaffen will, die aber eine Machtstellung hauptsächlich dadurch bekommen hat, daß diese Zustände der Mehrheit des Volkes unerträglich geworden sind. Von diesem Gesichtspunkte aus kann man den Versuch Bismarcks, mit einem Sozialistengesetz die große Bewegung totzuschlagen, erst recht in seiner ganzen Lächerlichkeit erkennen. Der Meister der Staatsnachtwächterei beging den Fehler, daß er eben glaubte, noch in dem Deutschland von 1816 zu leben, im bäuerlichen Deutschland. Die Macht der Tatsachen mußte es dem Mann erst ordentlich einbläuen, daß er sich im industriellen Deutschland befand. Damals, nämlich 1816, hatte Berlin noch nicht 200 000 Einwohner, heute hat es ungefähr 2 000 000, hat sich also verzehnfacht.

Dieser riesenhafte Umwälzungsprozeß war notwendig, damit die alte, überlebte feudal-bäuerliche Ordnung, bei der das Junkertum im Staate herrschte und allen Fortschritt hemmte, aufgelöst werden konnte. Die bürgerliche Revolution vor einem halben Jahrhundert hat diese Auflösung beschleunigt, aber nicht zu Ende geführt; wir haben noch mit Resten des Feudalismus zu kämpfen. Die Umwälzung ist längst über die Wünsche des Bürgertums hinausgegangen und aus dem Widerstreit agrarischer und industrieller Interessen ist jener Kampf entbrannt, der in der Zolltarif-Affäre seinen Höhepunkt erreicht hat.

Die Ausgleichung der Interessen von Stadt und Land kann die bürgerliche Gesellschaft nicht bewirken; dazu ist der Egoismus agrarischer Großgrundbesitzer und industrieller Großkapitalisten zu eingefleischt. Sie betrachten das teure Vaterland, daß sie in Toasten verherrlichen, als ein Gebiet, das nur dazu da ist, um Beutezüge gegen die andere Interessengemeinschaft zu unternehmen.

Ein sozialistisches Zeitalter kann den Ausgleich zu stande bringen, indem es auf dem Lande sowohl wie in den Städten menschenwürdige Zustände herstellt. Wenn die ländlichen Arbeiter nicht mehr von großen Grundherren in der heutigen Weise ausgebeutet und unterdrückt werden können, dann hört die Massenflucht vom Lande und die übermäßige Anhäufung von Menschen in ungesunden Massenquartieren auf.

Die gegenwärtige Entwicklung bahnt den Weg dahin und daher die Besorgnis, mit der alle reaktionären Elemente auf die Entwicklung der Großstädte blicken.

Von der Weltbühne.

Darf die Einberufung des Reichstages vor dem 6. Dezember erfolgen oder nicht? Ueber diese Frage stellen einige Zeitungen Betrachtungen an, die nach unserem Dafürhalten ganz bedeutungslos sind, aber doch nicht unerwähnt bleiben können. Die staatsrechtlichen Vertrauensleute des Reiches sind der Meinung, daß es seit dem 20. Juni, seit der amtlichen Feststellung des Resultats der Neuwahlen, einen deutschen Reichstag bis zur Eröffnung des neuen nicht mehr gibt. In einzelnen Bundesstaaten dagegen ist man der Ueberzeugung, daß der alte Reichstag bis zum 5. Dezember d. J. — am 6. Dezember 1898 trat er zum ersten Mal zusammen — im Vollbesitz seiner Rechte sei, und daß man ihn erst auflösen müsse, wenn man den neuen vor dem 6. Dezember einberufen wolle. Um allen Weiterungen aus dem Wege zu gehen, wolle man den Reichstag nicht vor dem 6. Dezember einberufen. Wir pflichten der Berliner „Volks-Zeitung“ bei, daß das ein Streit um des Kaisers Bart ist. Der neue Reichstag ist gewählt; die 397 Abgeordneten sind vorhanden; kein Mensch wird die nicht wiedergewählten ehemaligen Abgeordneten der Legislaturperiode 1898—1903 noch als Abgeordnete betrachten, da zwei Reichstage nicht nebeneinander bestehen können. Wozu also das Gezänk um künstlich geschaffene Phantasiegebilde?

Uebrigens ist **auch** schon früher der neugewählte Reichstag zusammengetreten, bevor vom ersten Zusammentrittstage des Vorgängers an die gesetzlichen 3 bezw. 5 Jahre verstrichen waren.

Wann die neuen Handelsverträge kommen werden, darüber herrscht selbst in Regierungskreisen noch völliges Dunkel. Offiziös wird in den „Berl. Pol. Nachr.“ verkündet:

„Es war vorauszusehen, daß, nachdem einmal die Frage nach dem voraussichtlichen Inkrafttreten des neuen deutschen Zolltarifs aufgeworfen worden war, auch Kombinationen über die Absichten der Regierung betreffs der Festsetzung des Anfangstermins der neuen Handelsverträge auftauchen würden. Die Kombinationen sind alle verfrüht, solche Absichten können bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge noch gar nicht existieren. Die Regierung hat hier, wie doch ganz selbstverständlich ist, mit Momenten zu rechnen, auf die sie keinen oder doch keinen entscheidenden Einfluß hat, ganz abgesehen davon, daß es zum Wesen von Verträgen gehört, daß in ihnen der Wille zweier Faktoren zum Ausdruck kommt. Die Handelsvertrags-Verhandlungen, die mit Rußland begonnen wurden, werden zunächst mit diesem Lande weitergeführt und solche mit anderen Ländern aufgenommen werden. Was über die Reihenfolge gesagt wird, in der mit den letzteren verhandelt werden soll, beruht gleichfalls auf Kombination. Auch hier hängt die Entscheidung nicht allein von der deutschen Regierung ab. Jedenfalls würden sich die betreffenden Vorgänge besser abwickeln können, wenn auch Oesterreich-Ungarn bereits zu einer Klarheit in seinen zollpolitischen Verhältnissen gelangt wäre. Wann der Zeitpunkt für das Inslebentreten der neuen, immer erst noch abzuschließenden Handelsverträge gegebenenfalls sein wird, ist gegenwärtig noch gar nicht abzusehen. Als ziemlich gewiß darf aber angesehen werden, daß in Regierungskreisen die Absicht besteht, die mit anderen Staaten etwa getroffenen neuen Vereinbarungen soweit als möglich zu einem und demselben Termine ins Leben treten zu lassen. Daß dieser Zeitpunkt vor den 1. Januar 1905 fallen wird, ist allerdings nicht sehr wahrscheinlich.“

An sich ist es müssig, sich schon über den Zeitpunkt für das Inkrafttreten neuer Handelsverträge zu streiten, die noch gar nicht existieren und von denen man nicht einmal weiß, ob sie, wenn die Regierung solche zu stande bringt, die Zustimmung des Reichstags finden. Jedenfalls werden Handel und Industrie noch für längere Zeit sich in vollster Unsicherheit in bezug auf die zukünftige Gestaltung unserer handelspolitischen Beziehungen befinden, ein Umstand, der auf die Geschäftsverhältnisse notwendig lähmend einwirken und einer Wendung zum besseren schwer hinderlich sein muß.

Gegen langfristige Handelsverträge wendet sich die „Kreuz-Ztg.“, indem sie schreibt: „Nach der Angabe eines Mannheimer Blattes hätte der badische Minister v. Brauer unlängst geäußert, es sei im Interesse unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens zu wünschen, daß die nächsten Handelsverträge auf einen Zeitraum von etwa 20 Jahren abgeschlossen werden. Sollte sich Herr v. Brauer wirklich in diesem Sinne geäußert haben, so ist zu bemerken, daß der Abschluß so langfristiger Handelsverträge nicht von der Reichsregierung abhängt. Dazu gehört die Zustimmung aller in Frage kommenden Staaten. Mit Rücksicht auf sein inneres Zollbündnis, das unter Umständen Ende 1907 ablaufen kann, sieht sich Oesterreich-Ungarn von vornherein außer stande, längere Handelsverträge einzugehen. Andere Staaten dürften im Hinblick auf die vorerst unberechenbare Wendung der englischen Handelspolitik es nicht für zweckmäßig halten, sich auf längere Zeit zu binden. Auch noch andere Gründe sprechen gegen die Auffassung des Herrn v. Brauer. In der modernen Weltherrschaft vollziehen sich, wie die letzten Jahrzehnte gezeigt haben, weltwirkende Wandlungen so rasch und so einschneidend, daß sich heute nicht absehen läßt, wie die handelspolitischen Verhältnisse sich in 15 oder 20 Jahren gestaltet haben werden. Eine allzulange Dauer der Handelsverträge könnte schließlich Wirkungen hervorrufen, die von den vertragschließenden Staaten nicht entfernt berechnet waren.“

Handelsverträge müssen von langer Dauer sein, wenn sie Nutzen bringen sollen. Nur wenn der Fabrikant oder Kaufmann weiß, daß die festgesetzten Zölle für lange Dauer gelten, kann er entsprechende Geschäfte abschließen. Absolute Sicherheit gewährt ja nur ein langfristiger Vertrag. Aber auch das Fortbestehen der geltenden Verträge könnte dem Handel nützen, ja sie bieten dieselbe Sicherheit wie langfristige Verträge, wenn nicht das fortdauernde Bohren gegen die Verträge vorläge. Nicht die Frist ist es, gegen welche die Junker wühlen, sie meinen vielmehr die Verträge selbst. Würden zwanzigjährige Verträge abgeschlossen, dann wäre der Wühlerei der Junker für längere Zeit der Boden entzogen. Wir glauben nicht, daß auf Grund des Wuchertarifes Handelsverträge abgeschlossen werden können. Solche Verträge, die die Zustimmung der Vertragsstaaten finden, werden im Reichstage keine Mehrheit finden, und den Verträgen, welche die ostelbischen und katholischen Agrarier annehmen würden, kann kein Vertragsstaat zustimmen. Die Regierung möchte wohl sehr langfristige Verträge, weil sie dann für längere Zeit die Agrarier mit dem Hinweis auf die Vertragsdauer abweisen kann; aber die Agrarier wollen gar keine Verträge, weil sie ständig steigende Zölle haben wollen und mit der Agitation für höhere Zölle ihr Gefolge an sich zu fesseln suchen.

Einen Wahlaufruf für die Landtagswahlen werden die Konservativen nicht erlassen. Die „Kreuz-Ztg.“ behauptet, daß dieser Aufruf ja schon erlassen sei. Sie weißt dabei auf den Aufruf hin, der für die Reichstagswahlen ergangen ist, aus welchem sie zum Beweise folgenden Passus zitiert:

„Auch in den Einzellandtagen muß die fortschreitende Förderung der produktiven Arbeit in Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe, wie dies in der abgelaufenen Legislaturperiode mit Erfolg von der konservativen Partei vertreten worden ist, so auch in Zukunft unausgesetzt im Auge behalten werden. Eine Neuordnung der gesetzlichen Bestimmungen über die Volksschulunterhaltung auf gerechter und billiger Grundlage unter voller Wahrung des bestehenden christlichen konfessionellen Charakters der Volksschule ist, soweit solche — wie in Preußen — notwendig, eine dringende Aufgabe der Gesetzgebung, an welcher unsere Partei mitzuarbeiten hat.“

Dann bemerkt das Junkerblatt noch: „Man wird zugeben müssen, daß diese besonders hervorgehobenen Punkte neben dem im Wahlaufrufe enthaltenen allgemeinen Forderungen vollauf genügen, um den Standpunkt der Partei zu kennzeichnen, zumal auch in dem Passus, in dem von der pfleglichen Behandlung der Einnahmequellen wie der Finanzen gesprochen wird, auf die Lage der Einzelstaaten ausdrücklich Bezug genommen ist. Was die Stellungnahme zu den Parteien anlangt, so ist daran seit den Reichstagswahlen nicht viel geändert. In dem Wahlaufrufe heißt es hierüber, der Kampf gegen die sozialdemokratische Partei sei eine wichtige Aufgabe der Konservativen, sie würden deshalb ihre Haltung anderen Parteien gegenüber wesentlich auch nach deren Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie einzurichten haben. Nach dieser Richtschnur wird also auch bei den bevorstehenden Landtagswahlen zu verfahren sein, und deshalb war es in keiner Hinsicht erforderlich, daß der Parteivorstand sich noch einmal besonders mit einem Wahlaufrufe für die Landtagswahlen beschäftigte.“

Nun hat aber der Landtag doch über viele andere Dinge zu verhandeln. Wir erinnern nur an die Verkehrspolitik, Wasserbauten, die Arbeiterpolitik usw. Aber in all' diesen Fragen nehmen die Junker eine Stellung ein, die nur geeignet ist, Wähler abzustoßen, und daher ist Schweigen die beste Agitation. Nach Ansicht der Junker soll die Volksschule auf niedriger Stufe gehalten werden; Eisenbahnen dürfen nur zu dem Zweck gebaut werden, um die Werte der Güter zu steigern; auf dem Wasser dürfen keine im Auslande gewonnenen landwirtschaftlichen Produkte transportiert werden; die Arbeiter in Staatsbetrieben müssen niedrige Löhne haben und die Landarbeiter in einem Zustande der Leibeigenschaft erhalten werden. Für so etwas treten die Junker im Landtage ein, aber sie sagen nicht vorher, daß sie es wollen, und deshalb beruft man sich auf frühere Wahlaufrufe.

Landtagswahlvorbereitungen. Die Nationalliberalen machen bei den preußischen Landtagswahlen tatsächlich hier und da den Versuch, sich aus der konservativ-agrarischen Umschlingung loszumachen. In Halle a. S. kündigten sie den Konservativen, mit denen sie bisher die Landtagsmandate geteilt hatten, das Kompromiß und offerierten den Freisinnigen auf gleicher Grundlage ein Wahlbündnis. Nach der „Hall. Ztg.“ wollen nunmehr die dortigen Konservativen mit der „allgemeinen Ordnungspartei“ zusammengehen und neben einem Freikonservativen einen „Mittelstandskandidaten“ aufstellen.

Der hannoversche Bund der Landwirte hat die Parole ausgegeben, auf keinen Fall Wahlmänner zu wählen, die auf dem Boden des in Hannover beschlossenen Wahlaufrufs der nationalliberalen Partei stehen.

Praktisch wird die schärfere Trennung zwischen Nationalliberalen und Konservativen nicht viel ändern, sintemalen die Nationalliberalen selbst zum guten Teil agrarisch sind. Daran wird auch ein vermehrtes Zusammengehen mit den Freisinnigen nichts ändern.

Unsere Genossen in Posen haben nun ebenfalls die Beteiligung an der Landtagswahl beschlossen. Da bei der letzten Landtagswahl in Posen die Deutschen nur mit verhältnismäßig geringer Majorität den Sieg über die Polen davongetragen haben, so können dort die Sozialdemokraten sehr leicht in die Lage kommen, das Zünglein an der Wage zu bilden, auch wenn sie nur eine kleine Anzahl von Wahlmännern aufbringen.

Die Mandatsniederlegung Göhres wird alsbald im 15. sächsischen Wahlkreise Mittweida-Limbach eine Ersatzwahl zur Folge haben. Der Wahlkreis ist einer derjenigen, deren Besitz am meisten unter den Parteien gewechselt hat. Schon 1874 wurde er zum ersten Male von der Sozialdemokratie erobert, 1877 ging er wieder in nationalliberalen Besitz über, wurde dann aber 1878 von uns zurückerobert und 1881 trotz Sozialistengesetz gehalten. Von 1884 bis 1890 hatten ihn wieder die Nationalliberalen; 1890 gewann die Sozialdemokratie ihn wieder, behauptete ihn auch 1893, unterlag aber wieder 1898. Am 16. Juni wurde er vom Genossen Göhre mit großer Majorität wiedergewonnen; es standen 19 270 gegen 11 478 Stimmen, während früher immer nur kleine Majoritäten den Ausschlag gegeben hatten. Hoffen wir, daß auch bei der bevorstehenden Neuwahl nicht nur der Sieg wieder errungen wird, sondern daß er nicht minder glänzend ausfalle als am 16. Juni, trotz der unerquicklichen Dinge, die den Anstoß zu der Mandatsniederlegung Göhres und damit zu der Neuwahl Anlaß gegeben haben.

Die Kanalvorlage. Die „Preußische Korresp.“ schreibt: „Wir erhalten soeben die überraschende Mitteilung, daß — entgegen den Absichten der Regierung noch vor ganz kurzer Zeit — die Kanalvorlage bei der Eröffnung des Landtages in der Thronrede Erwähnung finden und dem Landtag zugleich mit der Vorlage über die Oderregulierung zugehen wird. Wie uns weiterhin versichert wird, ist der abermalige Umschwung in der Haltung der Regierung auf das persönliche Eingreifen des Kaisers zurückzuführen; die Aenderung der Situation ist vor fünf oder sechs Tagen eingetreten.“

Der nationalliberale „Hannoversche Courier“ will abgewartet wissen, wie weit diese Mitteilung den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. „Ein Verzicht der Regierung auf die Kanalvorlage wäre ja in der Tat undenkbar, wenn sie nicht ihre Autorität in kaum wieder gut zu machender Weise erschüttern will.“

Und die „National-Zeitung“ bemerkt: „Wer nur einigermaßen unterrichtet ist, wie sich die Dinge in Wirklichkeit verhalten, weiß, daß bereits vor längerer Zeit ein endgültiger Beschluß über die Behandlung der Kanalvorlage gefaßt worden ist. Von einer Aenderung in den Absichten und Dispositionen der Regierung kann gar nicht die Rede sein.“

Als ob die Regierung stets das Beispiel der Konsequenz und der Unentwegtheit gegeben hätte in Fragen, die zwischen ihr und dem Junkertum strittig waren!

Eine kurze, aber entschiedene Kritik an den gestern von uns mitgeteilten Umsturzbekämpfungs-Projekten des „Kreuzzeitungs“-Pfaffen Dienemann übt der nationalliberale „Hannoversche Courier“:

„Der von Bedenken beneidenswert freie Herr meint, für den Fall des Wegfalls der Wühlarbeit vor der Wahl und der Beteiligung an der Wahl wäre eine Aenderung des Wahlrechts vorläufig noch nicht nötig, wie er weise dekretiert. Dafür verschweigt er der Welt, wie er sich die Wahlentrechtung von drei Millionen Wählern ohne Revolutionierung der Massen als möglich denkt. Die „Kreuzztg.“ aber wird allen Grund haben, zu bedauern, daß sie solchen Naivitäten ihre Spalten öffnet, die deutlich zeigen, wohin das geheime Sehnen unserer Feudalen und Orthodoxen geht, das sich selbstverständlich nicht bloß auf die Sozialdemokraten beschränkt.“

Stimmt! Noch immer, wenn sichs für diese Helden der Reaktion um „Bekämpfung des Umsturzes“ resp. der Sozialdemokratie gehandelt hat, haben sie ihr Augenmerk auch auf den Liberalismus gerichtet. Gelegentlich der Beratung der Köllerschen „Umsturzvorlage“ vom Jahre 1894 haben Konservative und Ultramontane offen erklärt: alle Bekämpfung der Sozialdemokratie würde erfolglos sein, wenn man nicht in erster Linie den Liberalismus treffe, die liberale Wissenschaft, Weltanschauung und Gesetzgebung überwinde, denn der Liberalismus sei der „Urquell aller umstürzlerischen Ideen und Bestrebungen“. Der Liberalismus, der die Reaktion in Bekämpfung der Sozialdemokratie unterstützte, hat noch immer die Erfahrung gemacht, daß er damit Verrat an sich selbst übt.

Das neue Militärpensionsgesetz soll nach der „Neuen pol. Korresp.“ gegenwärtig dem Staatsministerium zur Beschlußfassung vorliegen. In unterrichteten Kreisen wird gehofft, daß es im Januar an den Reichstag kommt. Festgehalten wird, daß die Höchstpension bereits bei 35jähriger Dienstzeit erreicht wird; aber die rückwirkende Kraft ist auf die Kriegsinvaliden beschränkt und bei Friedensinvaliden nur auf die Verstümmelten ausgedehnt.

Volksschulelend. Aus Detmold schreibt man dem „Hann. Courier“:

„Die Verhältnisse auf dem Gebiete des Volksschulwesens sind in Lippe derart, daß es kaum einen zweiten Staat im Reiche (abgesehen vielleicht von Mecklenburg) gibt, in dem so wenig für die Volksschule aufgewendet wird wie in Lippe. Lippe steht hinsichtlich der Aufwendung für den einzelnen Schüler an letzter Stelle, und auch in Beziehung auf die jedem einzelnen Lehrer zugewiesene Anzahl von Kindern wird es nur von einigen „übertroffen“. Durchschnittlich sollen in Lippe auf jeden Lehrer 92 Kinder kommen — das wären immerhin noch 6 weniger als in unserem Nachbarländchen Schaumburg-Lippe; aber in Wirklichkeit sind in vielen Klassen 120 und mehr Kinder zu unterrichten. Es besteht schon seit Jahren ein Mangel an Lehrern, der wahrscheinlich auch in den nächsten Jahren nicht behoben werden wird, trotzdem die Regierung bestrebt ist, dem Seminar stets neue Zöglinge zuzuführen. An die Anstellung von weiblichen Lehrkräften hat man anscheinend noch nicht gedacht. Lippe ist im Deutschen Reiche das einzige Land, in dem die Volksschule noch überhaupt keine Lehrerinnen besitzt. Wesentliche Ersparnisse würden in Lippe allerdings dadurch nicht zu erzielen sein, da man auch den weiblichen Lehrkräften nicht gut weniger Gehalt geben kann, als wie es die Lehrer beziehen. Dem jungen Lehrer werden im Anfange ungefähr M. 600 gezahlt; eigentlich beträgt sein Anfangsgehalt M. 720, aber ein ansehnlicher Betrag wird davon zurückbehalten und an die Witwen- und Waisenkasse übergeführt. Die ungünstigen Gehaltsverhältnisse haben natürlich auch dazu beigetragen, daß jetzt ein fühlbarer Mangel an Lehrkräften vorhanden ist. Trotzdem dem lippischen Lehrer der Uebertritt in preußische Staatsdienste dadurch erschwert ist, daß er dem Seminar etwa M. 1200 zurückzahlen muß als Vergütung für die genossene Ausbildung, die im anderen Falle der Staat getragen hätte, trotzdem also sind während der letzten Jahre Lehrer nach Preußen gegangen, wo es mit den Gehaltsverhältnissen besser steht. Die Lehrer in Lippe haben auch sonst, ganz abgesehen davon, ein nicht gerade beneidenswertes Los. Die geistliche Schulaufsicht führte und führt noch zu allerlei Unzuträglichkeiten, die den Anlaß gaben zu wiederholten Gesuchen um die Aufhebung des Verhältnisses. Demnächst wird der Landtag sich mit einem neuen Volksschulgesetz zu beschäftigen haben, und es heißt, daß dann auch ein beide Teile, die Lehrerschaft und die Geistlichkeit, befriedigender Ausgleich erfolgen werde hinsichtlich der Schulaufsichtsfrage. In Lippe werden insgesamt für die Volksschule M. 608 000 aufgewendet; die Staatskasse ist an der Summe mit M. 303 000 beteiligt, trägt also fast die Hälfte der Gesamtkosten oder 49,84 pZt. In dieser Hinsicht allerdings steht Lippe noch vorbildlich da; denn nur fünf Staaten übertreffen es hierin, und Preußen bleibt mit 27,07 pZt. Staatszuschuß weit hinter ihm zurück. Aber durchschnittlich entfallen in Lippe wiederum auf jeden Einwohner nur M. 4,40 Schulkosten, während im ganzen Reiche dieser Durchschnitt M. 7,40 beträgt. Im allgemeinen läßt sich über das Volksschulwesen des Fürstentums Lippe sagen, daß es noch ziemlich weit von dem Ziele entfernt ist, das man eigentlich unter allen Umständen für die Volksschule zu fordern berechtigt wäre. Als ein Beweis hierfür mag auch die Tatsache angeführt werden, daß in Lippe noch immer nicht mit der Einrichtung der Hirten- oder Hüteschulen aufgeräumt werden konnte trotz immer und immer wiederholter Anträge seitens der Lehrerschaft, die durch die Aufhebung doch wahrlich nicht begünstigt wird.“

In weiten Bezirken Preußens, so besonders dort, wo das Junkertum herrscht, sind die Schulverhältnisse noch viel schlechter. (Vergl. die betr. Notiz in gestriger Nummer uns. Bl.)

Zur Wahlrechtsfrage in Ungarn berichtet die Wiener „Arbeiterztg.“ aus Budapest, 1. Oktober: Eine interessante Diskussion pflog heute die Unabhängigkeitspartei: über die Forderung der sozialdemokratischen Parteileitung, sich für das allgemeine Wahlrecht zu verpflichten. Die Abgeordneten Justh, Komjathy, Benedek und Szathmary wurden beauftragt, darüber einen Bericht auszuarbeiten. Alle Redner stellten sich auf den Boden des allgemeinen und gleichen Wahlrechts.

Der englische Ministerpräsident Balfour gibt sich in bezug auf die künftige Gestaltung der englischen Parteiverhältnisse sehr hoffnungsfroh. Er sagte in einer neuerlich in Sheffield den konservativen Vertretern beim Frühstück gehaltenen Rede: Die jüngsten Ereignisse hätten im wesentlichen die Partei nicht gespalten, wohl aber die Regierung. England habe den größten Kolonialminister verloren, den es je gesehen. Die Verdienste Chamberlains könnten nicht übertrieben, sein Platz nicht ausgefüllt werden. Er habe den Gründen nichts hinzuzufügen, die Chamberlain zu der Annahme veranlaßten, er könne seiner Sache besser in nichtamtlicher Stellung dienen. Er, Balfour, sehe der Zukunft der Partei nicht mutlos entgegen, die unionistische Partei sei niemals besser gestellt und ihre Gegner niemals in hoffnungsloserer Verwirrung gewesen als jetzt. Er glaube, das Land werde sich der unionistischen Partei zuwenden, wenn es in schwieriger Lage sei und große Interessen des Reiches auf dem Spiele ständen. Bezüglich Milners Weigerung, das Amt des Kolonialsekretärs anzunehmen, stellte Balfour die Annahme in Abrede, daß Milner abgelehnt habe, weil er von der Politik der Regierung abweiche. Es bestehe keine Meinungsverschiedenheit zwischen Milner und der Regierung in irgend einer Frage der Politik des Reiches oder der engeren Heimat. Milner sei jedoch der Ansicht, daß er der schwierigen südafrikanischen Frage besser an Ort und Stelle Herr werden könne. Er, der Minister, hege zwar die Ansicht, daß Milner dies besser in Downing Street könne, er habe Milner aber nicht davon überzeugen können. Seine Entscheidung sei vom Standpunkte des Reiches sehr zu bedauern.

Der Landesverband der konservativen Vereinigungen setzte am Freitag die Beratung fort und nahm den Antrag Sir John Doringtons an, wonach Balfour der Dank für die Untersuchung über die Handelspolitik ausgesprochen wird. Chaplin zog seinen Antrag, wonach auch Chamberlain der Dank ausgesprochen und der Befriedigung über seine Bemühungen Ausdruck gegeben werden sollte, die öffentliche Meinung zur Würdigung der Bedeutung der von Balfour eingeschlagenen Politik aufzurütteln.

Die spanische Regierung will statt der alten Politik der Unterdrückung zur Abwechslung einmal eine Politik des Entgegenkommens gegen die Arbeiter treiben. Unterm 3. Oktober wird aus Madrid telegraphiert: Das „Amtsblatt“ veröffentlicht heute eine Verordnung, durch die im Sinne einer von sozialistischer Seite erhobenen Forderung das Gemeindewahlrecht dahin abgeändert wird, daß den Arbeitern das passive Wahlrecht für den Gemeinderat verliehen wird.

Eine Inspektionsreise durch Sibirien unternimmt gegenwärtig der russische Minister des Innern, v. Plehwe. Er hat bereits Omsk, Irkutsk Tscheljabinsk besucht und weilt seit wenigen Tagen in Tomsk. Der Zweck seiner Reise nach Sibirien wird mit der Regelung der Auswanderung der verarmten Bauern aus dem Zentrum Rußlands nach Sibirien und mit der Frage der Rückkehr der nach Sibirien verbannten Studenten in Verbindung gebracht. Besonders aber ist es die Studentenfrage, welche v. Plehwe Sorge bereitet. Zar Nikolaus II. hatte den Wunsch geäußert, die wegen Teilnahme an den Unruhen der letzten Jahre nach Sibirien verbannten Studenten möchten ihren Angehörigen zurückgegeben werden. Von den Studenten wurde hierauf verlangt, daß sie ein Gesuch um Befreiung aus der Verbannung einreichen und darin die bindende Zusage machen sollten, an Unruhen nicht mehr teilzunehmen. Die Studenten wiesen die Forderung zurück. Im Vorjahre ging der Ablatus Plehwes, Fürst Swjatopolk-Mirsky, nach